

Haar, den 24.11.2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

als erstes geht mein Dank an die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushalts 2016. Sie hatten es dieses Jahr wieder mit vielen Anfragen aus dem Gemeinderat zu tun, auf die sie geduldig und erklärend geantwortet haben. Mein Dank gilt ebenfalls den anderen Fraktionen für die Kooperation bei den Vorbesprechungen zum vorliegenden Haushalt.

### **Eine Gemeinde im Aufbruch**

Eine Gemeinde im Aufbruch, das ist es, was der Haushaltsplan für das Jahr 2016 verspricht. Haar ist an der Schwelle angekommen, ab der ein Einfaches „Weiter so, wie bisher“ nicht ausreichen wird. Der Grund hierfür ist schnell erzählt: Das bisherige sowie das prognostizierte Bevölkerungswachstum hat in Haar eine Größenordnung erreicht, die eine Neuaufstellung unserer Infrastrukturen erfordert. Das Bevölkerungswachstum wird uns eine Vielzahl von Neubürgern aus allen sozialen Schichten und mit vielfältigen kulturellen Hintergründen bescheren. Es werden Menschen zu uns ziehen, die es sich leisten können, Wohnungen zu einem Preis von über 20 € pro Quadratmeter zu mieten und solche, die dringend auf sozialen Wohnungsbau angewiesen sind. Wir, und damit meine ich sowohl die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat als auch alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, werden vor der Aufgabe stehen, die vielen Neubürger in unserem Gemeinwesen zu integrieren. Das gilt für die zuziehenden wohlhabenden Singles genauso, wie für Familien und Menschen, deren Fluchtweg sie nach Haar gebracht hat. Gelingt uns diese Integration – wovon ich ausgehe – dann wird der Aufbruch Haar nicht nur baulich verändern, sondern wir werden auch als Gemeinwesen dazu gewinnen.

Ein solcher Aufbruch bringt auch Ungewissheiten mit sich: Noch gibt es Suchbewegungen, noch gibt es Unsicherheiten bei der Prioritätensetzung. Was können wir tun, damit in den nächsten Jahren ausreichend viele und auch bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen? Sollen wir selber bauen, sollen wir lieber Bauträger und Genossenschaften subventionieren, gibt es darüber hinaus noch weitere Möglichkeiten? Wie können wir die soziale und ökologische Lebensqualität fördern? Sollen wir uns auf die gemeindlichen Aufgaben fokussieren oder durch eigene Vorleistungen bei Aufgaben der übergeordneten staatlichen Stellen vorpreschen? Und zwar selbst dann, wenn es uns an den Rand oder sogar über den Rand unserer finanziellen Leistungsfähigkeit bringt. Wenn Sie sich jetzt fragen, was ich denn meinen könnte, dann will ich Sie nicht länger im Unklaren lassen, es geht hier um die Realschule.

Wie spiegelt sich das alles im vorliegenden Haushaltsplan wider?

Der zur Beratung vorgelegte Haushaltsentwurf weist einen mittelfristigen Investitionsbedarf in Höhe von 37,9 Mio. € aus. Das ist beachtlich, aber nicht erschreckend, schaut auf die Investitionssumme der letzten 10 Jahre.

Die Schwierigkeit sich für den besten Weg bei der Wohnungsbauförderung zu entscheiden, sieht man an dem, was ich als „haushaltstechnische Offenheit“ beschreiben möchte. Das Wohnungsbauprojekt Katharina-Eberhard-Straße wird gleich zweimal im Vermögenshaushalt erwähnt, einmal als Objekt eines Bauträgers, ein zweites Mal als ein gemeindliches Objekt. Damit Sie aber nicht auf falsche Gedanken kommen: diese Strategie der Offenheit führt nicht dazu, dass wir dann bei der Endabrechnung viele Millionen übrig haben werden. Die Kämmerei hat schon darauf geachtet, dass hier keine Luftbuchungen vorgenommen werden. Um für die Zukunft bessere Antworten auf die schwierige Frage geben zu können, wie mit den gemeindlichen Mitteln möglichst viel bezahlbarer Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen geschaffen werden kann, haben die FWG und die Grünen einen interfraktionellen Antrag eingebracht, der auch hier zu einem Aufbruch anregen soll und vielleicht sogar den Grundstein für ein neues Haarer Modell legt.

Zur Förderung der sozialen Lebensqualität sind Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, ein reges Vereinsleben, Angebote für Senioren, vielfältige kulturelle Aktivitäten und Möglichkeiten sich kulturell zu betätigen und nicht zuletzt der Ausbau von Schulen von großer Bedeutung. Für diese Aufgaben geben wir zur Finanzierung der laufenden Kosten und für die Investitionen in die Strukturen etliche Millionen aus. Auch hier zeigt sich wieder, diesmal am Beispiel der Ausbau der Schulen, die Schwierigkeit sich beim Aufbruch für den richtigen Weg zu entscheiden. Es besteht immerhin Einigkeit, es braucht mehr Platz für Grundschüler und zwar schnell! Aber die einen, in diesem Fall die CSU, wehren sich dagegen, die dafür erforderlichen Investitionssummen im Haushalt darzustellen. Vielleicht weil sie Bedenken haben, dass die Gemeinde dann kein Geld mehr für das Lieblingsprojekt der CSU hat. Und die anderen, in diesem Fall die SPD, kann die mit der Grundschülerweiterung verbundenen Investitionssummen nicht hoch genug rechnen, vielleicht in der Hoffnung auf diese Weise vor in ihren Augen weniger dringlichen Projekten ablenken zu können. In den vergangenen Wochen hat dieses Spiel manchmal absurde Züge angenommen. Wir freuen uns auf die Zeit, wo die Planungen so weit fortgeschritten sind, dass wir wieder auf einer sachgerechten Grundlage diskutieren und entscheiden. Dafür stehen wir nämlich.

Auch beim Ausbau der Nachmittagsangebote für Schulkinder zeigt sich die bereits beschriebene Strategie der Offenheit, zwei Modelle sind dem Haushaltsplan zu entnehmen: Integration in den Schulneubau oder Ausbau der Hortkapazitäten.

Als eine Art Zwischenfazit lässt sich also festhalten: Ein Haushalt des Aufbruchs, der noch auf eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen wartet.

Zum Erhalt der Lebensqualität gehört auch, dass wir als Gremium die Interessen und Bedarfe derjenigen, die im Moment nicht im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen, nicht vergessen. Seit vielen Jahren und damit auch seit mehreren Jugendgenerationen gibt es den Wunsch und die Diskussion um die Vervollständigung der Skaterbahn am Wieselweg. Es ist aus unserer grünen Perspektive an der Zeit, die zweite Hälfte der Skaterbahn endlich zu bauen.

Der Aufbruch, vor dem die Gemeinde steht, zeigt sich auch darin, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte Haars einen eigenen Busbahnhof planen. Dies tun wir nicht, weil wir jetzt größenwahnsinnig geworden sind, sondern weil sich am Haarer Bahnhof so viele Buslinien treffen, dass die bisherigen Lösungen unzureichend sind. Dieses Projekt scheint unumstritten, auch wenn ich mir sicher bin, dass die anstehenden Detailplanungen noch so manches Scheingefecht auslösen werden. Wir werden uns für möglichst weitreichende Barrierefreiheit, eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und ausreichend Fahrradstellplätze einsetzen.

Die Förderung der ökologischen Lebensqualität tritt bei all den großen Infrastrukturprojekten leicht in den Hintergrund. Nur mühsam wurde ein Einstieg in den Ausbau der Elektromobilität erreicht. Auch die Neukonzeption der Energiesparförderung und die weitere Umsetzung der Haarer Energievision stehen noch aus. Es wird einiges an Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen bedürfen, damit auch in Zukunft die bisher ganz gut gelungene Balance zwischen verdichtetem, fast städtischen Siedlungsraum, ökologisch wertvollen und auch der Erholung zugänglichen Freiflächen sowie landwirtschaftlich genutztem Flächen erhalten bleibt. Wir werden an diesen Themen dran bleiben, darauf können Sie sich verlassen! Es gibt auch Erfreuliches, die Energieeinsparmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung gehen ganz selbstverständlich weiter, es werden weitere Straßenzüge auf LED umgerüstet, was zu spürbaren Stromeinsparungen führen wird.

Einen letzten Punkt, der den Aufbruch markiert, möchte ich noch hervorheben. Die Gemeinde stellt sich ganz selbstverständlich und über alle Parteiunterschiede hinweg, auch Dank der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger der Aufgabe, die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Gewalt und Verfolgung sind, in der Gemeinde willkommen zu heißen, ihnen längerfristige Perspektiven zu eröffnen und Möglichkeiten zur Teilhabe am gemeindlichen Leben und in dieser Gesellschaft zu bieten. Hierfür werden auch nennenswerte Haushaltsmittel bereitgestellt. Es braucht niemand Angst vor Überforderung durch Menschen in Not zu haben und wir alle können aus guten Gründen darauf vertrauen, dass die Menschen mit Fluchterfahrung durch ihre Lebenserfahrungen und Kompetenzen sowie durch die Fragen, die sie an uns richten werden (z. B. warum wir die Dinge so tun, wie wir sie tun), einen Beitrag dazu leisten, unsere Gemeinde lebendig zu halten.

Dr. Mike Seckinger

Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN